

Aide-Mémoire aus Anlass des Gespräches mit Außenministerin Annalena Baerbock am 27. August 2024

Organisation: FIAN Deutschland (in Zusammenarbeit mit Stiftung Asienhaus) und andere Mitgliedsorganisationen des FORUM MENSCHENRECHTE

Kambodscha

Beschreibung der Menschenrechtsproblematik:

Die Menschenrechtslage in Kambodscha verschlechtert sich seit der Machtübergabe von Hun Sen an seinen Sohn Hun Manet im August 2023 kontinuierlich. Das Land ist weiterhin de facto ein Einparteiensstaat, Gerichte sind politisch kontrolliert. Die politische Opposition im Land wurde bereits zerschlagen und ist handlungsunfähig, dennoch gehen die Einschüchterungs- und Verhaftungsmaßnahmen weiter. Allein zwischen Januar und Mitte Juli 2024 wurden mindestens 20 Politiker:innen und politische Aktivist*innen inhaftiert sowie mindestens weitere zehn Umweltaktivist:innen, Journalist:innen, Gewerkschaftsvertreter:innen, Land- und Menschenrechtsaktivist:innen verhaftet. Alle wichtigen unabhängigen Medien sind geschlossen oder mundtot gemacht, die Meinungsfreiheit wird systematisch unterdrückt. Im Jahr 2024 kam es zu einer deutlichen Zunahme der Kriminalisierung der kritischen Zivilgesellschaft. Friedlicher und legitimer Einsatz für Menschenrechte und Umweltschutz wird immer häufiger aus fadenscheinigen Gründen mit Anklagen und Gefängnis bestraft.

Politische Lage

Bei den Parlamentswahlen im Juli 2023, bei denen es keine wirkliche Alternative zur Regierungspartei CPP gab, gewann diese fast alle Sitze im Parlament. Hun Sen, der seit 1985 Premierminister war, übergab nach den Wahlen – wie zuvor angekündigt – den Posten des Premierministers an seinen Sohn Hun Manet. Damit wurde der Grundstein für eine neue Dynastie gelegt und die Festigung seiner treuen Gefolgschaft in der Regierung sichergestellt. Auch andere betagte Politiker:innen traten ab und hieften ihre Söhne in Regierungspositionen, wie im Fall von Innenminister Sar Sokha und Verteidigungsminister Tea Seiha. Hun Sen bleibt eine einflussreiche politische Person. Er ist weiterhin Generalsekretär der CPP und wurde im April 2024 zum Senatspräsidenten gewählt, nachdem die CPP im Februar 2024 55 der 58 zur Wahl stehenden Senatssitze gewonnen hatte. Wie auch zuvor bei den Parlamentswahlen 2023 wurde die letzte glaubwürdige Oppositionspartei, die Candlelight Party, aus vorgeschobenen Gründen nicht zur Senatswahl zugelassen. Politiker:innen anderer Parteien wurden eingeschüchtert und verfolgt.

Ende Januar 2024 begann das Berufungsgericht in Phnom Penh den Prozess gegen den ehemaligen Oppositionsführer Kem Sokha, der 2023 wegen Hochverrats zu 27 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Sokha steht bereits unter Hausarrest und ihm wurden seine politischen Rechte entzogen.

„Closing Space“ und Angriffe auf Zivilgesellschaft

Menschenrechtsverteidiger:innen und Umweltaktivist:innen sind kontinuierlich Einschüchterungen sowie gewaltsamen Übergriffen ausgesetzt; viele werden mittels fabrizierter Anklagen kriminalisiert und zu Gefängnisstrafen verurteilt. Die Freiräume der Zivilgesellschaft sind derart eingeschränkt, dass mittlerweile von „closing space“ gesprochen wird.

Die Angriffe und Repressionen gegen die Zivilgesellschaft haben 2024 eine neue Qualität erreicht. Am 2. Juli wurden zehn Aktivist:innen der Umweltgruppe Mother Nature Cambodia – Gewinner des Alternativen Nobelpreises 2023 – wegen angeblichem versuchten Umsturzes der Regierung und Majestätsbeleidigung zu sechs bis acht Jahren Gefängnis verurteilt. Vier der Umweltaktivist:innen – Long Kunthea, Phuon Keoraksmeay, Thun Ratha, Ly Chandaravuth – wurden vor dem Gerichtsgebäude von rund 50 Polizisten gewaltsam verhaftet. Die vier Aktivist:innen und ein weiterer Aktivist von Mother Nature, Yim Leanghy, wurden anschließend willkürlich in verschiedene Gefängnisse im ganzen Land verlegt, weit weg von ihren Familien – offenbar in dem Versuch den Willen der inhaftierten Umweltschützer:innen zu brechen.

Im Jahr 2024 wurden zahlreiche weitere zivilgesellschaftliche Aktivist:innen wegen ihres friedlichen Einsatzes verhaftet und/oder zu Gefängnisstrafen verurteilt. Dazu zählt der Gewerkschaftsführer Chea Chan der Cambodian Alliance of Trade Unions (CATU), der im Februar wegen angeblicher Beihilfe zum Diebstahl verhaftet und im Juni zu einem Jahr Haft verurteilt wurde. Chhim Sithar, die prominente Vorsitzende der Labor Rights Supported Union of Khmer Employees of NagaWorld (LRSU), befindet sich ebenfalls weiterhin im Gefängnis.

Im April 2024 wurde Koet Saray, Vorsitzender der Khmer Student Intelligent League Association (KSILA), verhaftet und angeklagt, nachdem er Opfer von Landraub in der Provinz Preah Vihear besucht hatte und über deren Lage berichtete. Koet Saray saß bereits von September 2020 bis November 2021 wegen seines



Aktivismus im Gefängnis; nun droht ihm bei einer Verurteilung eine Haftstrafe von bis zu vier Jahren. Im Februar 2024 wurde der bekannte Umweltaktivist Chhorn Phalla in der Provinz Ratanakiri wegen Verleumdung, Beleidigung und Anstiftung zu einer Straftat erneut zu einer Haftstrafe verurteilt. Im Juni 2024 bestätigte das Berufungsgericht in Ratanakiri das Urteil; vorbehaltlich der Ausschöpfung der Rechtsmittel des Berufungsverfahrens droht eine einjährige Gefängnisstrafe.

Auch die kambodschanischen Menschenrechtsorganisationen und deren Mitarbeiter:innen sind 2024 vermehrt Repressalien und gerichtlichen Schikanen ausgesetzt. Unter den betroffenen Organisationen ist das Center for Alliance of Labor and Human Rights (CENTRAL). Nachdem die Arbeiter:innenrechtsorganisation am 4. Juni einen kritischen Bericht zur Lage der Vereinigungsfreiheit in Fabriken und dem Better Factories Cambodia Programm der ILO und IFC veröffentlichte, drängten zahlreiche regierungsnahen Gewerkschaften wiederholt das Innenministerium, die Finanzen und Tätigkeiten der Arbeiter:innenrechtsorganisation zu untersuchen. Ende Juni forderte das Innenministerium CENTRAL unter Androhung rechtlicher Schritte auf, innerhalb von 30 Tagen alle Bankverbindungen offenzulegen. Am 27. Juni legte eine der regierungsnahen Gewerkschaften Beschwerde bei Gericht gegen den CENTRAL-Mitarbeiter Tharo Khun ein und beschuldigte ihn der Diffamierung und Aufstachelung zur Diskriminierung. Am 8. Juli 2024 wurde CENTRAL schriftlich von der National Auditing Authority (NAA) informiert, dass diese ab 15. Juli 2024 ein institutionelles Audit von CENTRAL für den Zeitraum von 2021-2024 aufgrund eines Antrags des Innenministeriums durchführen wird. Die Prüfung ist ungewöhnlich, da die staatlichen Rechnungsprüfer (NAA) in der Regel keine zivilgesellschaftlichen Organisationen prüfen.

Konkrete Anfragen bzw. Empfehlungen:

Angesichts der sich beschleunigenden Entwicklungen der vergangenen Monate, die äußerst besorgniserregend sind, sollten das Auswärtige Amt und die deutsche Botschaft in Phnom Penh ihr Engagement zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger:innen in Kambodscha, in enger Zusammenarbeit mit EU und weiteren EU-Mitgliedsstaaten dringend zeitnah verstärken. Wir empfehlen der Bundesregierung:

1. die Leitlinien feministischer Außenpolitik umzusetzen und Menschenrechte entschieden zu verteidigen: Repressionen und politisch motivierte Verfolgung von Menschenrechtsverteidiger:innen, Umwelt- und Landrechtsaktivist:innen, Gewerkschafter:innen, Journalist:innen und Oppositionsanhänger:innen gegenüber der kambodschanischen Regierung deutlich und öffentlich zu verurteilen und sich für deren Freilassung bzw. Fallenlassen von willkürlichen Anklagen einzusetzen;
2. sicherzustellen, dass die deutsche Botschaft inhaftierte Menschenrechtsverteidiger:innen und deren Familien regelmäßig besucht, Gerichtsverhandlungen beiwohnt und unbürokratische Unterstützungs-/Schutzmaßnahmen für bedrohte Menschenrechtsverteidiger:innen und Aktivist:innen bereitstellt, z.B. die rasche Ausstellung von Visa für temporäre Schutzaufenthalte in Deutschland;
3. gegenüber der kambodschanischen Regierung deutlich zu machen, dass engere wirtschaftliche und politische Beziehungen mit Deutschland und der EU nur möglich sind, wenn zivilgesellschaftliche und demokratische Freiräume wiederhergestellt und Menschenrechte respektiert werden;
4. an der von der EU getroffenen Entscheidung einer teilweisen Aussetzung der Handelsvergünstigungen für Kambodscha aus dem ‚Everything but Arms‘ (EBA) - Zollpräferenzprogramm festzuhalten, solange sich die Menschenrechtssituation nicht verbessert;
5. die kambodschanische Regierung deutlich und öffentlich aufzufordern, administrative und gerichtliche Schikanen gegen kambodschanische Menschenrechtsorganisationen und deren Mitarbeiter:innen sofort einzustellen und deren Arbeit nicht zu behindern;
6. sich gegenüber der kambodschanischen Regierung dafür einzusetzen, dass bestehende restriktive Gesetze, wie z.B. das Vereins- und Nichtregierungsorganisationen-Gesetz (LANGO) und das Notstands- oder Gewerkschaftsgesetz, aufgehoben werden.